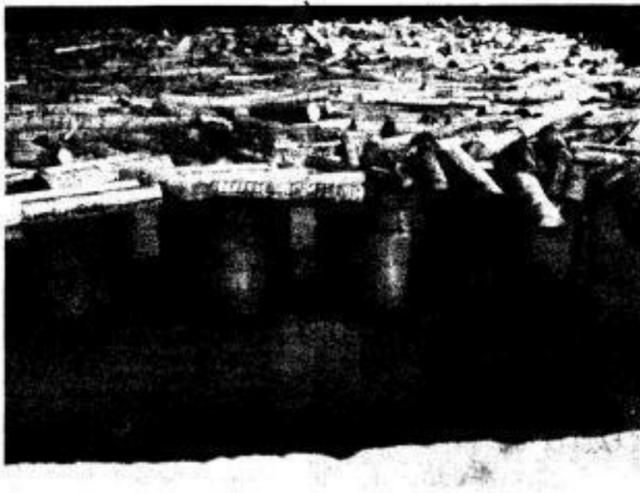




Umweltsünden, Umweltsünder und ihre Bahnbrecher: Motive aus Senftenberg, Schwedt, Korbetha. Die Ökologie blieb auf der Strecke.



Fotos: Sütterlin

# Interdisziplinäres Streitgespräch

## zur humanen Umweltgestaltung, Technik, Hochtechnologie, Marktwirtschaft

(Fortsetzung von Seite 1)

Auch Prof. Dr. Scebényi (TU Budapest) begrüßte ein solches Institut im Sinne der Konzentration von Umweltforschungspotential und verwies auf eine Reihe postgradualer Studiengänge und die Fachrichtung Ingenieurbiochemie an seiner Einrichtung.

### Marktwirtschaft und humane Umweltgestaltung – produktiver Widerspruch oder unvereinbarer Gegensatz?

Zwischen diesen beiden Extremstandpunkten zeigte sich deutlich ein breit gefächertes Spektrum von Auffassungen zur Wechselbeziehung von humaner Umwelt, Technik, Hochtechnologie und Marktwirtschaft. Auf die von großer Sorge getragenen Ausführungen seitens Prof. Dr. K. Müller/TUD<sup>1</sup>, daß sich die ohnehin bereits äußerst prekäre Umweltsituation unter marktwirtschaftlichen Bedingungen in der DDR noch weiter zuspitzen könnte, reagierte die Mehrzahl der Gäste aus der BRD mit sichtlich optimistischen Lösungsansätzen. Vorwiegend auf Grund von Erfahrungen zeigte z. B. Prof. Dr. Havlik (RWTH Aachen) an überzeugenden Beispielen von Energie- und Wassereinsparungen in Größenordnungen, daß allein schon mit entsprechenden ökonomischen und rechtlichen Regulativen des Staates ein deutlicher Gewinn an Umweltqualität erreichbar ist. Mit Stolz verwiesen die Gäste auf die ökonomischen und ökologischen Erfolge mittels westdeutscher Umweltschutztechnologien sowie auf die durch die ökologische Protestbewegung erreichten umweltverbessernden Lösungen für Städte hinsichtlich der Verbannung des Autoverkehrs aus Stadtkernen, der Verhinderung des Abholzens von Alleen, der Schaffung von Radwegen, Flußanrainerungen und deutlicher SO<sub>2</sub>-Verminderung.

Zugleich wurde aber auch am Beispiel großer Chemiekonzerne wie HOECHST und BAYER, die sowohl vom Verkauf effektiver Kläranlagen als auch von billiger Sondermülldeponie in der DDR profitieren, auf die „Scheit“ zwischen Ökonomie und Ökologie verwiesen. „Druck von unten“, exakte wissenschaftliche Beweise sowie deren engagierte breite Veröffentlichung sind notwendig, wenn unmittelbar gegen Kapitalinteressen Umweltqualität durchgesetzt werden soll. Anhand neuer Dieselmotoren von „Mercedes“ mit erhöhtem Ausstoß kanzerogener Stoffe wurde dies demonstriert.

Mehrfach und engagiert verwiesen die Teilnehmer darauf, daß die Suche nach Lösungen für verbesserte Lebens- und Umweltqualität in Entwicklungsländern Tagesordnungspunkt Nr. 1 sein müßte. Unverständnis von westdeutscher Seite darüber, warum trotz ausgewiesener Forschungsergebnisse der DDR z. B. auf dem Gebiet der abfallarmen Technologie, Biotechnologie, Mikroelektronik eine so extrem zugespitzte Umweltsituation in der DDR entstehen konnte, bedurfte der ausführlichen Erklärung des einseitig administrativ fixierten Mißverhältnisses von Umweltpolitik, -ökonomie und -wissenschaft. Hierzu argumentierten u. a. Doz. Dr. Ingrid Koch/TUD und Dr. Pruzina (URANIA Freital).

Daß Engagement zur Einbringung und Anerkennung von Forschungsergebnissen der DDR-Wissenschaftler in den deutsch-deutschen Einigungsprozess notwendig ist, belegten Doz. Dr. J. Wotte/TUD am Beispiel abfallarmer Technologie/Umweltverträglichkeitsprüfung und Dr. H. Merten (Forschungszentrum Mikroelektronik Dresden) am Beispiel der Umweltanalytik. Biotechnologie als Hochtechnologie wurde von Prof. Dr. H.-J. Rauber/TUD sowohl mit ihrem Vorsorge-Effekt für die Umwelt auf Grund naturnaher Produktionsbedingun-



Mitglieder der Initiativgruppe „Karsdorfer Umweltgespräche“: Prof. Dr. rer. silv. habil. Karl Müller (2. v. l.), daneben: Dr. sc. paed. Rosemarie Müller, Dr. Klaus-Detlef Pruzina und Prof. Dr. sc. techn. Günter Busch.

Foto: Eisenblätter

gen (im Gegensatz zur chemischen Industrie) als auch mit ihren großen Potenzialen für die Nachsorge im Sinne z. B. von gewinnbringender Aufarbeitung von Mischabfällen und Gülle zu Biogas demonstriert.

Das unbedingte Mitspracherecht betroffener Bürger vor der Realisierung projektierte umweltverändernder Maßnahmen vor allem da, wo mit Hochtechnologie zugleich auch Hochrisikotechnologie projektiert wird, klagte Herr H. W. Becker (Ökologischer Arbeitskreis der Dresdner Kirchenbezirke) ein. Nur so könnten extreme Konfliktsituationen, wie sie mit dem begonnenen Bau des Reinstilanziumwerkes in Gittersee entstanden waren, von vornherein vermieden werden.

### Alle wollen eine gesunde Umwelt – warum handeln so wenige danach?

Mit dem von Doz. Dr. A. Ullmann/TUD in die Diskussion gebrachten Widerspruch zwischen Einstellungskzeptanz und Verhaltensakzeptanz waren Fragen nach dem subjektiven Faktor und damit auch nach Umweltbildung und -erziehung aufgeworfen. In diesem Zusammenhang versprach bereits die Teilnehmerliste eine äußerst interessante Diskussion. Als Gäste hatten sich eingetragen: Der Leiter der Zentralstelle für Umwelterziehung an der Universität – GHS – Essen, Prof. Dr. R. E. Lob, der ebenso durch viele Publikationen bekannte Umwelterzieher vom Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften an der Universität Kiel (IPN) Studiendirektor G. Eulefeld, der Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Umwelterziehung in Hamburg, Herr A. Beyer, sowie der erfolgreiche Initiator von Umweltausbildung im technischen Fachschulbereich der DDR, Herr A. Martin vom Institut für Fachschulbildung in Karl-Marx-Stadt.

Von Dr. Rosemarie Müller gesetzte Ausgangspunkte für die Diskussion waren das an der TUD 1986 entwickelte Modell für tätigkeitsorientierte Umwelterziehung ebenso wie Möglichkeiten und Grenzen einer Umweltethik für Ingenieure sowie der dreistufige Lösungsansatz für Umweltausbildung im Hochschulbereich in den 90er Jahren (vgl. „Dresdner Universitätsjournal“ 1/90). Aufgegriffen und detailliert ausgeführt wurde von Dr. W. Schwandt/TUD die ethische Dimension am Beispiel der Kernenergieerzeugung. Weder die pauschale Zustimmung noch die pauschale Ablehnung der Kernenergienutzung, sondern die Konzeption der auf Sicherheit ausgerichteten präventiven Gestaltung könne aus ethischer Sicht akzeptabel sein, führte er aus.

Mit Sonderbeifall wurde die Arbeit der Arbeitsgruppe Umwelt und Lebensweise

der TUD – vertreten durch die Forschungsstudentin Renate Rauh/TUD – bedacht. Aus umweltschutzpsychologischer Sicht wurden praktische Umweltverbesserungen im Kaitzbachtal und die Erprobung von Umweltspielen und Computersimulationen („Bürgermeisterspiel“ u. a.) sachkundig kommentiert. Bürgernahe Handlungsangebote statt Appelle wurden als umwelterzieherische Strategie empfohlen und vielfach zustimmend in der weiteren Diskussion aufgegriffen.

Auf Defizite, die sich negativ im Prozess der Umwelterziehung bemerkbar machen, wurde von Studiendirektor Eulefeld verwiesen. Zwei Generationen seien weitgehend von umweltbezogener Naturkenntnis entfernt. Die gegenwärtige Eltern- und Lehrergeneration könne auf Grund dieses Bildungsdefizits kaum Vorbild im umwelterzieherischen Prozess sein. „Global denken und lokal handeln“ wurde als erprobtes umwelterzieherisches Prinzip markiert.

Prof. Lob hob die ganzheitliche Dimension der Umwelterziehung sowie die unabdingbar notwendige ökologische Streitkultur als Erfolgskonzepte für umwelterzieherische Arbeit hervor. Die Einrichtung von Umweltschulen mit deutlichem Bezug auf konkrete Zielgruppen wurde von ihm am Beispiel der Umweltausbildung von Angehörigen der Bundeswehr mit ihrer umweltverbessernden Wirkung eindrucksvoll belegt.

Auch das alte Streitobjekt „Umwelt als gesondertes Ausbildungsfach ja oder nein?“ stand erneut zur Disposition. Überzeugend für ein Lehrfach „Umwelt“ plädierte wies Prof. Däßler/TUD und Studiendirektor Eulefeld nach, was bei der Aufsplitterung der Gesamtproblematik auf die einzelnen Fachdisziplinen an Hochschulen und Schulen trotz engagierter Integrationsbemühungen an komplexer Sicht zur Umweltproblematik verlorengeliegt.

An Hand von soziologischen Untersuchungen deckte Prof. Elenor Volprich/TUD interessante Zusammenhänge im Bereich des Umweltbewußtseins auf. Die signifikant hohe Sensibilität besonders von weiblichen Studierenden für Umweltprobleme, der weitgehende Konsens hinsichtlich der Umweltproblematik zwischen religiös gebundenen und atheistischen Studierenden sowie die klare Verneinung des alten Konzepts „Ökonomie vor Ökologie“ bereits vor dem Oktober 1989 gaben Denkansätze für die umwelterzieherische Arbeit.

### Katastrophale Umweltsituation im Raum Pirna-Heidenau – macht sie uns betroffen oder läßt sie uns gleichgültig?

Als deutliches Hilfeersuchen an das projektierte Umweltinstitut der TUD für die Lösung der im Raum Pirna-Heidenau extrem zugespitzten Umweltsituation

müssen die Darlegungen von Dr. Macher und Herrn Liebscher (Rat der Stadt bzw. Rat des Kreises Pirna) aufgefaßt werden. Die zulässigen Grenzwerte für Schwefeldioxid, Schwefelkohlenstoff, Sediment- und Schwebstaub u. a. werden in diesem Gebiet mit hohem Krankheitsrisiko überschritten. Beide Bürgervertreter äußerten sich betroffen über Erkrankungen und Sterbefälle als Folgen zu hoher komplexer Umweltbelastungen. Niederschmetternd seien vor allem Analyseergebnisse zu Auswirkungen von Umweltbelastungen auf die Gesundheit von Schülern der 3. Klassen im Territorium (der Gesprächsleitung wurde ein detaillierter Umweltbericht übergeben und kann auf Wunsch eingesehen werden).

Für eine Umweltunion gleichzeitig mit Währungs- und Sozialunion DDR/BRD sprach sich Prof. Elenor Oehler (HS für Recht und Verwaltung Potsdam/Babelsberg) aus. Als Expertin für Umweltschutzgebung machte sie auf ein künftig kompliziertes Rechtssystem im Spannungsfeld zwischen Grundgesetzgebung und Landesgesetzgebung aufmerksam. Dem Vorsorgeprinzip müsse bei der künftigen Landesumweltschutzgebung Priorität eingeräumt werden. Sie informierte darüber, daß gegenwärtig für Dresden ein neues Umweltrechts- und Verwaltungssystem erarbeitet wird, das Modellcharakter für andere Städte haben soll.

Ob kommerzielle Tiefflüge über der Sächsischen Schweiz im Sinne von Exklusivtourismus mit erheblicher Lärm- und Kerosinbelastung rechtens seien, hinterfragte engagiert Herr Rölke vom Sächsischen Bergsteigerverband.

Die Teilnehmer schätzten die „Karsdorfer Umweltgespräche“ als erfolgreich ein und plädierten für ihre Fortsetzung.

Die Veranstaltung war

- eine interessante interdisziplinäre Begegnung für Wissenschaftler und Bürger der DDR, BRD und Ungarns
- ein Ausgangspunkt für gedankliche Neuansätze vor allem dort, wo kontrovers argumentiert wurde (Möglichkeiten und Grenzen der Marktwirtschaft für humane Umweltgestaltung)
- eine Bestätigung und Anregung zur Fortführung dargestellter Lösungsansätze insbesondere dort, wo deutlicher Konsens erzielt wurde (vor allem auf dem Gebiet der Umwelterziehung)
- ein Auslöser für zahlreiche weitere Kontakte und Einzelprojekte auf den Gebieten Umweltgestaltung und Umwelterziehung im Prozeß des Zusammenwachsens von DDR und BRD.

Detaillierte Beiträge und Schlußfolgerungen werden in der Wissenschaftlichen Zeitschrift der TUD Mitte 1993 nachlesbar sein.

Deutlich zurückhaltend sowohl bei der Teilnahmemeldung als auch beim Streitgespräch waren allerdings die Technik- und Naturwissenschaftler der TUD. Warum eigentlich?

**Die Mitglieder der Initiativgruppe „Karsdorfer Umweltgespräche“**  
Dr. sc. paed. Rosemarie Müller,  
Prof. Dr. rer. silv. habil. Karl Müller,  
Dr. phil. Horst Eisenblätter,  
Prof. Dr. sc. techn. Günter Busch

(Der Initiativgruppe gehören weiterhin an: Dr. Hoppe, Dr. Pruzina und Frau Hallfarth von der URANIA Freital; Frau Binder, Kurort/Hartha; Doz. Dr. sc. techn. Wotte, Kammer der Technik)

Anmerkung  
1) vgl. auch K. Müller: Gesellschaftliche Erneuerung in der DDR erfordert humanistische Umweltgestaltung, auch mittels Hochtechnologien (Konferenzmaterial)

## Positives hinüberretten

Im Rahmen der DDR-weit erfolgten Befragung „Student 90“ erfolgte eine Untersuchung unter Ingenieurstudenten, die die größte Teilpopulation unter der studentischen Jugend bilden. Auch die Technische Universität Dresden wurde in diese Untersuchung, in deren Zentrum Sozialisationsfaktoren und politische Einstellungen der Studenten im Prozeß der gesamtgesellschaftlichen Wende in der DDR standen, einbezogen. Während im ersten Artikel (Dresdner Universitätsjournal Nr. 7) Probleme der Gestaltung des Studiums und der studentischen Arbeits- und Lebensbedingungen im Mittelpunkt standen, wenden wir uns heute Problemen der Wertorientierungen der Studenten unter dem Gesichtspunkt der bevorstehenden Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu.

### Reflexionen zum Verhältnis DDR – BRD

Eine der Grundfragen der gegenwärtigen Diskussion bildet jene nach der Art und Weise der Zusammenarbeit und dem schließlichen Zusammenwachsen von DDR und BRD. Hinsichtlich der Form der Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten sprachen sich über 80 % der befragten Studenten für eine staatliche Einheit der beiden deutschen Staaten, jedoch nur im Rahmen eines europäischen Einigungsprozesses aus. 73 % sind zuversichtlich in Hinsicht auf die Entwicklung des Verhältnisses von DDR und BRD. Dies zeigt sehr deutlich die Unumkehrbarkeit des deutschen Einigungsprozesses im Denken und Fühlen der Studenten, jedoch auch, daß die überwiegende Mehrheit der Studenten diese Entwicklung in den europäischen Einigungsprozeß eingebunden sehen will.

Die Wertung zu diesem, für die weitere Entwicklung unseres Landes und darüber hinaus die gesamte Weltpolitik existentiell bewegenden Fakt korrespondiert eng mit der Beantwortung jener Fragen, die auf das Vertrauen in Parteien, politische Bewegungen und vertrauenswürdige Persönlichkeiten abzielen. Ohne hierzu explizit prozentuale Aussagen vorzunehmen (die ohnehin, bedingt durch die gegenwärtige rasante gesellschaftliche Entwicklung, einem hohen Wandlungstempo unterliegen), besteht eindeutig ein hohes Vertrauen in jene Kräfte, die Errungenschaften der 40jährigen Entwicklung der DDR in das künftige Deutschland einbringen wollen. Im Gegensatz zum Ergebnis der Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 genießen jene Kräfte, die von außen her im Wahlkampf massiv unterstützt wurden, deutlich weniger Vertrauen unter den Studenten. Hierbei kommt zum Ausdruck, daß die Studenten politische Entwicklungsprozesse frühzeitig, sehr sensibel, aber auch mit der notwendigen Konsequenz betrachten und beurteilen – eine erneute Bestätigung der Rolle der Studentenschaft als „Barometer politischer Entwicklungen“.

### DDR – Bewahrenwertes und zu Veränderndes

Diese Frage umfaßt die Reflexion darüber, welche Elemente der 40jährigen Entwicklung der DDR als Identifikationsmerkmale in ein künftig vereinigtes Deutschland eingebracht werden sollen und die Problemstellung, welche Merkmale unbedingt zu beseitigen sind.

Worin werden jene Werte gesehen, die unbedingt in die weitere Entwicklung eingebracht werden müssen? Auf die Frage, was ihnen in der DDR gefällt und damit bewahrenswert ist (die Studenten konnten hierbei ihre freie Antwort wählen, d. h., sie mußten sich nicht unter verschiedenen vorgegebenen Antwortvarianten entscheiden) stehen folgende zwei Prozesse im Vordergrund:

1. die Weiterführung des in Gang gekommenen demokratischen Prozesses
  2. die Bewahrung der sozialen Sicherheit und der Sozialleistungen.
- Allein im 2. Studienjahr der Sektion Baugenieurwesen entschieden sich für diese Antworten 53 % bzw. 43 % der Studenten. Mit Abstand folgen diesen Antwortpositionen die Möglichkeit der Offenheit und Meinungsfreiheit, Selbstentfaltung des Individuums und die nunmehr bestehende Reisefreiheit.

Einige Anmerkungen zu speziellen inhaltlichen Punkten, die als konkrete Indikatoren mit differenzierten Antwortmöglichkeiten formuliert waren: Auf die Frage nach der Bewahrung der Vollbeschäftigung sprachen sich in den Antwortpositionen 1 und 2 (starke Bejahung) 59 % dafür aus, wobei keine Unterschiede zwischen weiblichen und männlichen Studenten erkennbar sind. Lediglich 4 % der Studenten bekunden, keinesfalls diese Errungenschaft in die weitere Entwicklung mitzunehmen. Ein gesicherter Ausbildungsplatz für jeden Jugendlichen ist für 82 % sehr wichtig (die weiblichen Studierenden liegen hierbei mit 92 % deutlich über dem Durchschnitt), verbunden mit der Forderung nach einem kostenlosen Studium (80 %). Auf die Frage der Bewahrung der gesetzlichen Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch bejahen dies über 80 % der männlichen und mehr als 90 % der weiblichen Studenten eindeutig. Befragt danach, was ihnen in der DDR z. Zt. nicht gefällt, antworteten die Stu-

denten in den offenen Fragen (d. h. ohne Vorgabe von Antwortvarianten und der Möglichkeit, die sie bewegenden Probleme direkt zu artikulieren) in folgender Reihenfolge:

- a) die Art und Weise der Führung des Wahlkampfes (insbesondere massiver Einfluß westlicher Politiker, verbunden mit dem großen Run auf die DM)
- b) die steigende Intoleranz gegenüber Andersdenkenden
- c) die Radikalisierung des gesellschaftlichen Klimas
- d) die Preisgabe der Ziele des Oktobers 89
- e) der bedrohliche Zustand unserer natürlichen Umwelt.

Insgesamt reflektierten die Studenten – im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen – bereits in der Zeit der großen Wahlversprechen Februar/März einen hohen Grad an Zukunftsunsicherheit. Sicher ist das dem sozialen Status der Studenten geschuldet, der durch eine hohen Grad der Abhängigkeit von sozialen und ökonomischen Faktoren gekennzeichnet ist. Gleichzeitig reflektiert er die bereits eingangs skizzierte Sensibilität der Studenten bei der Analyse und Bewertung gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse.

Dies korreliert eng mit der Beantwortung der Frage, in welchem Maße sich die StudentInnen von Aggression und Gewalt bedroht fühlen; dabei äußerten 44 % der Befragten (bei den Studentinnen 55 %) ein starkes Gefühl der Bedrohung. Indiz für wachsende gesellschaftliche Intoleranz, ein zunehmendes „Elitenverhalten“ und aufkommend radikale gesellschaftliche Entwicklungstendenzen? In aufkommenden Tendenzen des Rechtsradikalismus sehen über 50 % der Befragten eine starke Bedrohung für die weitere Entwicklung des Demokratisierungsprozesses in der DDR. Bei diesem Indikator besteht kein signifikanter Unterschied zwischen Studenten und Studentinnen.

### Perspektive 2000

Einige Fragestellungen forderten die Studenten heraus, sich über die weitere gesellschaftliche Entwicklung, über Zukunftschancen und Zukunftsrisiken zu äußern. Bezogen auf den Schutz und die Erhaltung der natürlichen Umwelt sind 25 % der Befragten zuversichtlich, dem stehen 48 % gegenüber, die diese Frage sehr skeptisch beurteilen. Die männlichen Studenten reflektieren in diesem Punkt optimistischer als die Studentinnen (Unterschied ca. 6 Prozentpunkte).

Dieses Ergebnis ist Ausdruck einer deutlichen Sensibilisierung unter den Studenten zu dieser Problematik. Sichtbarer Ausdruck dafür waren schon der große Erfolg des Umwelttreffs zum Dies 1989 – also lange vor der Wende –, das Wirken der verschiedenen Umweltgruppen, die Konstituierung der „Umweltinitiative der TU“ bis zur Herausgabe einer eigenen Zeitung („Grünhaus“). Die Forderung nach einer fundierten Umweltschulung für alle ingenieurtechnischen Studienrichtungen sollte hier keinesfalls vergessen werden!

Angesprochen auf die reale Perspektive, die existentiellen Probleme der Entwicklungsländer lösen zu können, herrscht ein starker Pessimismus vor; 81 % der Befragten äußern starke Zweifel, auf diesem Problemfeld bis zum Jahr 2000 einen Durchbruch erzielen zu können. In dieser Frage äußern die Studenten von allen befragten Problemkreisen größte Skepsis. Zweifellos ein deutlicher Hinweis auf das vorhandene Problembewußtsein der Studenten – aber auch Indikator dafür, daß angesichts der derzeitigen Frage der Vereinigung von DDR und BRD Probleme der 3. Welt aus der öffentlichen Diskussion verdrängt werden.

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang auch die Antworten nach den Chancen der Perestroika in der UdSSR. Weniger als 5 % sehen den Erfolg dieses Prozesses, 37 % dagegen geben dem Umgestaltungprozess in der Sowjetunion keine Chance. Ein Zeichen der Desillusionierung (auch angesichts zunehmender Nachrichten, die jahrzehntelange UdSSR- und RGW-Klischees zerstören) und (oder?) Ausdruck eines Desinteresses an allem, was „Entwicklungschancen weiter östlich“ angeht – Übergang von einem Extrem ins andere?

Viele Fragen, viele Zweifel, viele Bedenken! Einst sichere, „unverrückbare“ Werte zerfallen, Illusionen sind zerstoben. Sie hinterlassen ein Vakuum, Zukunftsangst, verlorenes Selbstwertgefühl – gesellschaftlich wie persönlich. Dieser Zustand ist untauglich zum Einstieg in die soziale Marktwirtschaft. Veränderungen, auch an unserer Universität, sind unumgänglich.

In diesem Prozeß zu helfen, zu analysieren und Entscheidungsgrundlagen zu geben – dieser Aufgabe stellt sich die Soziologie, ganz konkret an unserer Alma mater, in unserer Forschungsgruppe. Erfolgreich wird die Lösung dieser Aufgabe jedoch nur sein, wenn alle Partner – Studenten, Natur-, Technik- und Gesellschaftswissenschaftler – gemeinsam an ihr arbeiten.

Dipl. phil. B. Pfuhl/  
Dr. phil. E. Schurr,  
Forschungsgruppe Sozialisation von Ingenieurstudenten an der Sektion Gesellschaftswissenschaften der Technischen Universität Dresden